

Sozialpartner und IV fordern Ausbau der Kinderbetreuung

2020-09-23 07:20

Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung machen sich gemeinsam für einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung stark. Sie fordern eine flächendeckende, flexible und leistbare Kinderbetreuung in ganz Österreich mit ausreichend vielen Plätzen, insbesondere für Unter-Drei-Jährige. Ab Herbst 2025 soll es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag geben, forderten sie in einer gemeinsamen Pressekonferenz gestern Abend.

Dieser Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung soll in zwei Etappen eingeführt werden. Ab Herbst 2023 soll er ab dem zweiten Geburtstag gelten, zwei Jahre später dann ab dem ersten Geburtstag. Im Sinne der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf sollen die täglichen und jährlichen Öffnungszeiten so gestaltet sein, dass sie eine Vollzeitarbeit für beide Eltern ermöglichen.

Der Kindergartenplatz müsse „leistbar“ sein. Außerdem wünschen sich Sozialpartner und IV auch Betreuungsangebote durch Tageseltern zu Randzeiten oder an Wochenenden. Dazu komme Ferienbetreuung für Schulkinder für zumindest sechs Wochen in ganz Österreich.

Zuständigkeit auf Bundesebene erwünscht

Es müsse aber nicht nur mehr sondern auch bessere Kinderbetreuung geben. Die Sozialpartner hoffen auf ein „gesellschaftliches Umdenken“, sodass sich Eltern nicht mehr rechtfertigen müssen, wenn sie ihre Kinder in Betreuung geben, hieß es in der gemeinsamen Pressekonferenz von Korinna Schumann (ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende), Martha Schultz (WKÖ-Vizepräsidentin und Bundesvorsitzende FiW), Renate Anderl (AK Präsidentin), Andrea Schwarzmann (Bundesbäuerin und Vizepräsidentin der LK Vorarlberg) sowie Christoph Neumayer (IV-Generalsekretär).

Der Staat solle Betriebe mit unbürokratischen Förderungen unterstützen, dass betriebliche Kindergärten verbessert werden. Es brauche gemeinsame Anstrengungen und eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Für die Kleinkindergruppen und Kindergärten wünschen sich Sozialpartner und IV eine klare Zuständigkeit auf Bundesebene und die Festlegung einheitlicher, hoher Mindeststandards für die pädagogische Qualität in einem Bundesrahmengesetz. Den im Regierungsprogramm vorgesehenen Beirat für Elementarpädagogik begrüßen die Institutionen.

Uni-Abschluss für Elementarpädagogik

Gefordert wurde eine Ausweitung des verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahrs auf ein weiteres Jahr. Österreich müsse sich zudem um mehr ausreichend qualifiziertes Personal für den Ausbau der Kleinkindergruppen und Kindergärten bemühen und solle mehr Männer und Personen mit nicht-deutscher

Muttersprache für die pädagogischen Berufe anwerben. Unter anderem steht der Ausbau der Erwachsenenkollegs der BAFEPs am Wunschzettel der Sozialpartner und der IV. Mittelfristig brauche es einen Abschluss für Elementarpädagogik auf tertiärem Niveau.

Die von der Bundesregierung geplante substanzielle Aufstockung der laufenden 15a-Vereinbarung sei gut aber nicht ausreichend. Die EU-Staaten investieren im Schnitt ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten, Österreich um ein Drittel weniger. Würde Österreich aufholen, dann stünde über eine Milliarde mehr jedes Jahr für die Elementarbildung zur Verfügung.